

ter Kontext bedeute nicht das Fehlen ethischer Verantwortung.

Für den institutionellen Bereich (drittes Hauptkapitel) bedeutet „proposition de la foi“ in erster Linie Reflexion und gegebenenfalls Überwindung der traditionellen „restriktiven Konzeption von Laizität“, wie es im Bericht offen heißt. Frankreich sei in dieser Hinsicht innerhalb Europas eine „Ausnahme“. Von Kontakten über die Landesgrenzen hinaus, vom weiteren Ausbau der Europäischen Union verspricht man sich die Möglichkeit, „den Platz des Religiösen innerhalb des Erziehungssystems“ neu zu bestimmen. Die Laizität müsse in die breitere Perspektive von Religionsfreiheit und Demokratie gestellt werden.

Die französische Gesellschaft könne sich nicht mit „Amnesie in bezug auf die christliche Tradition“ begnügen. Ein solcher Gedächtnisverlust habe Folgen: „Wie will man noch Chartres, Vézelay und Notre Dame de Paris zum Sprechen bringen, wenn man nichts von der Bibel versteht?“ Hier bestehe ein weites Feld an Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Verantwortlichen aus staatlicher „Verwaltung, Universität, Schule und Religion“. Bemühungen zur Einrichtung

eines Schulfaches, das sich mit „religiöser Kultur“ befaßt, oder zur Integration solcher Fragen in andere, bereits bestehende Schulfächer werden unterstützt.

Zuvor ist der Bericht bemüht, mit einigen traditionellen Lasten auf dem Gebiet der Staat-Kirche-Beziehungen aufzuräumen. In den letzten Jahren hatten sich etwa die Beziehungen der Kirche zur Französischen Revolution verschiedentlich als weiterhin problembeladen erwiesen. Der Bericht spricht sich dafür aus, „manichäische Interpretationen der Ereignisse zu überwinden“ und zu „differenzierten Einschätzungen“ zu kommen. Außerdem weist er darauf hin, daß laizistische und katholische Tradition sich heute nicht mehr wie „antagonistische Blöcke“ gegenüberstünden. Für den einen wie den anderen Block mache sich gegenwärtig ein „Traditionsbruch“ bemerkbar.

Angesichts der laufenden Auseinandersetzung um das Tragen von Kopftüchern durch islamisch-fundamentalistische Schülerinnen (vgl. HK, Dezember 1994, 644f.) findet der Bericht auffallend versöhnliche Worte zur republikanischen Schule: Einerseits werden an die europäische Entwicklung

dezidierte Erwartungen in bezug auf eine Änderung der Haltung gegenüber der Religion geknüpft, andererseits aber betont, dies bedeute nicht, die französische Tradition werde verschwinden: „Das französische Beispiel, das die Integration von Personen gegenüber der Festigung von Teilgemeinschaften bevorzugt, könnte sich für die Zukunft unseres Kontinents als nützlich erweisen“.

Man darf gespannt sein, inwieweit sich dieser Text in den nächsten Monaten als konsensfähig erweisen wird. Ein Schwerpunkt der Diskussion könnte vor allem die Verhältnisbestimmung zur Moderne sein, einem Thema, zu dem man auch von französischen Bischöfen bereits andere Töne vernommen hat. Die Abfassung eines solchen Textes ist kein Ersatz für die Lösung der damit in Verbindung stehenden Teilprobleme. Dennoch zeigt gerade die Entwicklung der Kirche in Frankreich der letzten Jahrzehnte, wie kollektiv verantwortete Grundlagentexte dieser Art (zum Verhältnis von Glaube und Politik, zu Fragen des Lebensstils u. a.) verschiedentlich notwendige Mittel der Kursbestimmung, Identitätsbestimmung und Selbstvergewisserung gewesen sind. K. N.

Familiale Wirklichkeiten

Zwei Tagungen am Ende des „Internationalen Jahres der Familie“

Zum Abschluß des „Internationalen Jahres der Familie“ fanden in Berlin und Salzburg zwei Tagungen statt, die sich mal mehr theologisch, mal mehr sozialpolitisch mit Familienfragen beschäftigten. Die Zeit der feierlichen Reden mag nach diesem Jahr vorüber sein, nicht jedoch – wie man in den letzten Wochen sehen konnte – die der theologischen wie politischen Auseinandersetzungen.

An kirchlichen Äußerungen zum „Internationalen Jahr der Familie“ bestand in den zurückliegenden zwölf Monaten kein Mangel. Kaum eine Institution dürfte so entscheiden, so häufig und so systematisch die Bedeutung der Familie hervorgehoben, sich für ihre Interessen, ja Rechte eingesetzt und deren Berücksichtigung bzw. Beachtung eingeklagt haben wie die katholische Kirche. Johannes Paul II. zeigte mit seinem „Brief an die Familien“ (vgl. HK, April 1994, 172ff.),

wie sehr ihm dieses Thema am Herzen liegt. Der umstrittene Einsatz des Apostolischen Stuhls im Rahmen der UN-Weltbevölkerungskonferenz (vgl. HK, November 1994, 555ff.) gehört in diesen Zusammenhang ebenso wie die Lebensschuttenzyklika, deren Erscheinen angekündigt ist. Äußerer Höhepunkt der vatikanischen Aktivitäten war ein sogenanntes „Welttreffen der Familien“, zu dem vom 8. bis 9. Oktober der Päpstliche Rat für die Familie (Präsident: Kardinal

Alfonso López Trujillo) nach Rom einlud und dem vom 6. bis 8. Oktober ein Kongreß zum gleichen Thema vorgeschaltet wurde.

Gerade gesamtkirchliche Stellen und Kirchenvertreter verfolgten entschlossen und unbeirrbar ihren Feldzug für das, was sie weithin unbeeindruckt von den vielschichtigen Wechselbeziehungen zwischen der Familie als sozialer Institution und den modernen Lebensverhältnissen „die Familie“ nennen. Diese Haltung steht in einem unübersehbaren Kontrast zu vielem, was dazu etwa innerhalb der Kirche in Deutschland gedacht wird (aber in vielen Ländern dürfte sich die Lage nicht viel anders darstellen). Davon konnte man sich gegen Ende des „Internationalen Jahres der Familie“ gleich an zwei Stellen überzeugen.

Wertewandel oder sittlicher Verfall?

Am 25. und 26. November fand in Räumen der Humboldt-Universität in Berlin-Mitte ein von katholischen Verbänden (federführend: der *Familienbund der deutschen Katholiken*) sowie der *Katholischen Akademie in Berlin* (im Auftrag der Kommission „Ehe und Familie“ der Deutschen Bischofskonferenz; Vorsitzender: Kardinal *Georg Sterzinsky*) veranstaltetes „Forum Familie“ statt. An den Vorträgen, Podiumsdiskussionen und thematischen Werkstätten nahmen rund 650 zumeist hauptamtlich mit unterschiedlichsten Aspekten des Themas Familie Befasste und Interessierte aus Kirche, Politik, Beratung, Bildung, Kultur und Wissenschaft teil.

Ein Wochenende zuvor, vom 18. bis 20. November, lud die *Katholische Akademie in Bayern* in Zusammenarbeit mit dem *Katholischen Akademikerverband Österreichs* zu einer Tagung zum Thema Familie in die Residenz nach Salzburg ein. Der Schwerpunkt des Berliner Kongresses lag auf soziologischem bzw. sozial- und familienpolitischem Gebiet, während in Salzburg die Theologie breiter vertreten war. Trotz der unterschiedlichen thematischen Schwerpunktsetzungen zeigte sich jedoch in beiden Veranstaltungen ein ähnliches Bild: Die innerkirchliche Diskussionslage ist weit aus differenzierter, als es gerade manche römische Äußerung zu erkennen gibt.

Im Vorwort des Berliner Programms lautete das Schlüsselwort „Komplexität“, die die Familie heute kennzeichne. Die Münchener wiesen in ihrer Einladung bereits darauf hin, daß man die Familie zwar „als zentralen Lebenswert“ schätze und ihre hohe Bedeutung für die heranwachsende Generation erkenne, die Menschen sich jedoch immer schwerer täten, Familie unter den Bedingungen der modernen Gesellschaft zu leben. Im kirchlichen Raum werde die Familie zwar als fundamentaler Wert und als christliches Ideal hoch gelobt, nicht zuletzt als Garant für die Weitergabe des Lebens und des Glaubens, grundlegende Fragen seien jedoch „nicht aufgearbeitet“.

Zu dem nicht Aufgearbeiteten gehört schon die Frage, um was es sich bei den tiefgreifenden Veränderungen auf dem

Gebiet der familialen Lebensformen und Wertorientierungen handelt, einen in sich ambivalenten Wertewandel oder sittlichen Verfall. Dem Bielefelder Soziologen Franz-Xaver Kaufmann kam in seinem Berliner Vortrag u. a. die Aufgabe zu, mit diesen nicht leicht auf einen Nenner zu bringenden Veränderungen zu konfrontieren: Rückgang der Eheschließungen, Zunahme der Ehescheidungen, Geburtenrückgang, schließlich die Polarisierung zwischen Familien und Kinderlosen. Trotz der zunehmenden Ehe- und Kinderlosigkeit, so Kaufmann, zeige sich jedoch ein „ungebrochenes Interesse an Familie, Liebe und Partnerschaft“ und zugleich eine „sinkende Verbindlichkeit des Eheschlusses“. Während in den 50er und 60er Jahren die Ehe im breiten Zusammenhang von Haushalt, Partnerschaft und Elternschaft gesehen worden sei, werde ihr heute überwiegend nur noch ein „pragmatischer Wert im Hinblick auf die Kinder zugesprochen“. Letzteres gelte allerdings (noch?) nicht für alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße: Vor allem religiöse junge Menschen beider Konfessionen, so Kaufmann, schreiben der Ehe nach wie vor größere Verbindlichkeit zu und lebten seltener in freien Verbindungen.

Wie ambivalent diese Veränderungen jedoch tatsächlich sind, veranschaulichte Kaufmann etwa mit der Bemerkung, daß die Ehe zur Begründung von Partnerschaften zwar unverbindlicher geworden sei, die Elternschaft aber „eher noch an Verbindlichkeit gewonnen“ habe. Das zeige sich besonders an der wachsenden Bedeutung der Vaterschaft. Noch im 19. Jahrhundert sei es vielerorts keineswegs ungewöhnlich gewesen, „überschüssige Kinder ins Findelhaus zu bringen“. Die Norm verantworteter Elternschaft trage gar zur Erklärung des Geburtenrückgangs bei: Wer heute ein Kind zur Welt bringe, glaube damit eine wesentlich höhere persönliche Verantwortung zu übernehmen als in früheren Generationen.

Familie wurde zur „transitorischen Lebensphase“

Kaufmann verwahrte sich gegen die Vorstellung, die Entwicklungen von Ehe, Familie und Partnerschaft seien in erster Linie „Zeichen eines bloßen moralischen Verfalls“. Er deutete sie als „plausible Reaktionen auf gesellschaftliche Veränderung“. Die kulturelle Liberalisierung der Privatsphäre sei Ausdruck eines Wertewandels, in dem nicht mehr die „Erfüllung von Pflichten“, sondern die „Selbstverwirklichung“ das Kriterium des richtigen Lebens bilde. Ohne den „Plausibilitätsverlust der älteren Formen der Daseinsdeutung“ hätte es zu dieser Entwicklung jedoch nicht kommen können. Dahinter stehe der – auf den kleinsten Nenner gebracht – „Übergang von einer an Knappheiten orientierten zu einer an Übermaß der Möglichkeiten orientierten Kultur“.

Den soziologischen Part in der Salzburger Veranstaltung spielte die Oldenburger Soziologin *Rosemarie Nave-Herz*. Auch sie warnte davor, etwa den Anstieg der Scheidungszahlen als Folge eines Bedeutungsverlustes der Institutionen

„Ehe“ und „Familie“ zu deuten. Das Ehescheidungsrisiko habe sich nicht dadurch erhöht, daß man die Ehe für sinnlos halte, sondern weil die psychische Bedeutung und Wichtigkeit für den einzelnen größer geworden sei. Unharmonische eheliche Beziehungen würden heute weniger als früher ertragen. In Frage gestellt werde lediglich die eigene Ehe – in der Hoffnung darauf, eine andere und bessere Partnerbeziehung aufbauen zu können.

Nave-Herz wies auch darauf hin, daß trotz einer nicht zu leugnenden zahlenmäßigen Zunahme anderer Familienformen die sogenannte Eltern-Familie unter allen Familienformen weiterhin dominiere, entgegen mancherlei gegenteiligen Behauptungen. Gesunken sei allerdings ihr Anteil unter allen Lebensformen: Nur ein Drittel aller Haushalte seien Familienhaushalte. Der Eltern-Familie werde im übrigen hohe Wertschätzung entgegengebracht, aber die Tatsache, in Familie zu leben, sei stärker denn je zuvor eine „transitorische Lebensphase“ geworden.

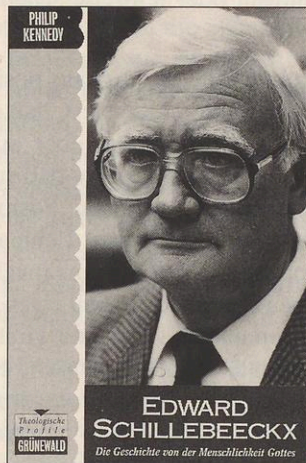
Auch der quantitativ abnehmende Anteil an allen Haushalten ergebe sich nicht – wie vielfach behauptet –, weil weniger geheiratet werde. Die Eheschließungen nähmen zwar leicht ab, dennoch seien aber bis zu ihrem 40. Lebensjahr mehr als 90 Prozent der Deutschen verheiratet. Man heirate heute später als in früheren Generationen – ein Resultat längerer (Aus-)Bildungszeiten. Auch mochte Nave-Herz die nicht-eheliche Lebensgemeinschaft *nicht als Ersatz für die Ehe* ansehen, sondern sah in ihr eine „neue Lebensform während der Postadoleszenz“ und somit eine „Folge des weiter fortschreitenden Prozesses der funktionalen Differenzierung“ der Gesellschaft.

Wandelbarkeit von Ehe und Familie erfassen

Kaufmann ließ es auf dem Berliner Familienforum nicht bei der soziologischen Analyse bewenden, sondern nutzte die Gelegenheit zu einigen Bemerkungen zur Situation der kirchlichen Ehelehre. Dabei ging er nicht nur auf das, wie er sich ausdrückte, „gequälte, um nicht zu sagen gestörte Verhältnis zur gewandelten Rolle der Frau“ bzw. zur Geschlechtlichkeit des Menschen und das juristische Eheverständnis ein. Die kirchliche Ehelehre scheine sich im Gefolge des Trienter Konzils „mit Rigiditäten belastet zu haben, die der heutigen gesellschaftlichen Situation und den Lebenserfahrungen und sinnhaften Erlebnisverarbeitungsmöglichkeiten junger Menschen nicht gerecht werden“.

Es müsse damit gerechnet werden, daß die kirchliche Ehe- und Familienlehre immer mehr als fremdbestimmt, hölzern-moralisierend erfahren werde und nicht in ihrem „befreienden, die Menschenwürde gewährleistenden Sinngehalt. Die Werthaftigkeit auch moderner Partnerschafts- und Elternschaftsideale ist ja durchaus eine Frucht des christlichen Einwirkens auf die abendländische Entwicklung“. Der Bielefelder Soziologe mahnte eine Ehelehre an, die das Sakramentale der Ehe nicht in den „Formerfordernissen des Eheschlusses, sondern im Vollzug des alltäglichen Zusammenlebens

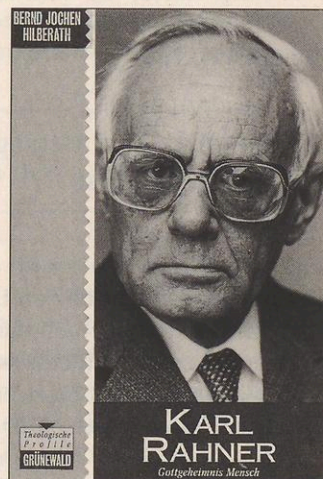
Theologische Profile



Philip Kennedy
Edward Schillebeeckx
 Die Geschichte von der Menschlichkeit Gottes
 Aus dem Englischen übersetzt von Karl Pichler
 228 S. Kt.
 DM 32,-
 ÖS 250,- / SFr 32,20

Philip Kennedy legt anlässlich des 80. Geburtstag

von Edward Schillebeeckx dieses außergewöhnliche Porträt des großen Theologen vor. Wie kaum ein anderer hat Schillebeeckx eine Theologie mitgeprägt, die das Zweite Vatikanische Konzil konsequent auf eine europäische Befreiungstheologie hin weiterdachte. Sein Grundanliegen war und ist es, daß der christliche Glaube in der Erfahrung der Menschen zur Sprache kommen kann.



Bernd Jochen Hilberath
Karl Rahner
 Gottgeheimnis Mensch
 Ca. 160 S. Kt.
 Ca. DM 28,80 /
 ÖS 225,- / SFr 30,-

Bernd Jochen Hilberath erschließt uns den bedeutendsten katholischen Theologen unseres Jahrhunderts. Karl Rahner war es, der eine neue Epoche in der Theologie einleitete, indem er die alte Scholastik aufsprenge auf das menschliche Subjekt.

Hilberath zeigt, wie die Themen von Rahners Theologie aus seinen Lebensstationen erwachsen. Eine lang schon erwartete Einführung in Rahners Werk, die selbst für diejenigen, die Rahner zu kennen glauben, Überraschendes bereithält.

Grünwald



lokalisiert“. Im übrigen wünsche er sich eine christliche Ehelehre, die Leitbilder und Wege aufzeige, aber nicht diejenigen verurteile, die Umwege einschlugen oder teilweise scheiterten.

Auf dem Berliner Familienforum wurde es durchaus positiv – und von manchem auch überraschend – registriert, daß die anwesenden Bischöfe Lehmann und Homeyer, aber auch Kardinal Sterzinsky sich in der Sache so äußerten, daß substanzielle Gegensätze zur familiensoziologischen Position von Kaufmann nicht zu erkennen waren. Bischof Lehmann als – neben Kaufmann – Hauptreferent des Forums machte sich nicht nur manche Deutungen der Soziologie zu eigen, er setzte sich auch unüberhörbar von manch vertrauter kirchlichen Ehe- und Familienrhetorik ab. Man könne nicht einfach eine „naturwüchsige Ordnung der Ehe“ voraussetzen, sondern müsse die zeitüberdauernden Elemente „in einer tiefen Wandelbarkeit von Ehe und Familie zu erfassen suchen. Darum ist es auch schwer, auf eingetübte, überkommene Regeln und Rituale allein zurückzugreifen“.

Es sei nicht so, daß man die „oft verborgene Welt einer heilen Ehe“ nicht finden könnte – „wenigstens als Sehnsucht“. Hunger nach Geborgenheit und Nähe gebe es auch dort, wo die Tendenz zur Individualisierung und Selbstverwirklichung dominierten. Die Menschen sehnten sich nach Bindungen, die glückten. „Aber diese Bindungen sind im Blick auf ihren Verpflichtungscharakter und manches andere, wie Dauer und Umfang, anders. Sie sind viel stärker auf freie Akzeptanz gegründet, die durchaus auch Bindung, Liebe und Selbstlosigkeit kennt“.

Nicht individuell als Versagen zuschreiben, was strukturell bedingt ist

Wenn Bischof Lehmann sich für eine Wiederentdeckung der institutionellen Dimension von Ehe und Familie – und zwar von der Persönlichkeit her – einsetzte, tat er dies nicht in frontaler Gegnerschaft zur modernen Lebenswelt, sondern indem er letztere in ihren Chancen, aber auch in ihren Grenzen ernstzunehmen suchte. Der „Sinn von Institution“ und das „freie Ja der Liebe“ müsse neu zusammengedacht werden. Bei aller Verwurzelung in der Sphäre persönlicher Entscheidung dürfe das personale Ja der Partner nicht nur individuell oder privat verstanden werden. Das verbindlich und öffentlich gesprochene Ja-Wort könne auch zu einem Schutz der Zuneigung werden.

Zuvor hatte Lehmann darauf hingewiesen, es sei eine Täuschung zu meinen, die Lage der Familien sei „ganz einfach und unkompliziert“. Für viele seien Ehe und Familie „gewiß eine gute Ordnung“ und für die meisten „eine tiefe menschliche Hoffnung“. Im Bewußtsein vieler seien Ehe und Familie in ihrer normalen Erscheinung aber auch so etwas wie „auslaufende Modelle“. Es habe keinen Sinn, vor dieser Unübersichtlichkeit und Widersprüchlichkeit die Augen zu verschließen. Wer dies tue, trübe nicht nur sein Wahrnehmungs-

vermögen und erleide einen Wirklichkeitsverlust, sondern er nehme sich damit auch die Möglichkeit, „scharfsinnig, geistesgegenwärtig und hilfreich die Wandlungen und Chancen, die Grenzen und Gefährdungen der Familie zu erkennen. Für den Umgang gerade der Kirche mit der Familie bedeute eine solche Blindheit einen unermeßlichen Schaden“.

Der demonstrative Beifall, den Lehmann mit seinen Bemerkungen erntete, war auffällig. Dieser erklärte sich wohl auch durch die mit dem Schreiben der Glaubenskongregation über den Kommunionempfang von wiederverheirateten Geschiedenen als Antwort auf den Vorstoß der Bischöfe der Oberrheinischen Kirchenprovinz (vgl. HK, November 1994, 545ff., 565ff.; Dezember 1994, 605ff.) entstandene Situation. Zu diesem Thema erklärte Bischof Lehmann, die Kirche sei auch denen Heimat – in Abweichung vom Manuskript fügte er hinzu: „sie sollte es sein“ – „deren Ehen und Familien zerbrochen sind, die alleinerziehend sich durch ein oft hartes Leben schlagen und die das Wagnis einer neuen Liebe versuchen. Sie weiß dabei, daß es keine Barmherzigkeit ohne Wahrheit, keine Nachsicht ohne Gerechtigkeit geben kann“. Auf einer der Podiumsdiskussionen des Berliner Forum verlas Bischof *Josef Homeyer* ein Statement, das gleichfalls erkennen ließ, daß mancher deutsche Bischof die Lektion der Soziologie durchaus gelernt hat und weit davon entfernt ist, die hierzulande gelebten familialen Wirklichkeiten idealistisch zu überspringen. Im Blick auf die Realität der Individualisierungsprozesse und der faktisch vorhandenen Wahlzwänge müßten Theologie und Verkündigung positiv würdigen, daß infolge der Komplexität der Lebenslagen viele Revisionen von Lebensentscheidungen und Lebenssituationen durch äußere Umstände geboten und nicht eine Sache der freien Wahl seien. Gerade die Kirche, aber nicht nur sie, neige dazu, „individuell (als Versagen) zuzuschreiben, was strukturell bedingt ist“. Darum dürfe man als Christ und Seelsorger ohnehin vorhandene Gefühle des Ungenügens und der Schuld nicht noch verstärken – etwa durch Vorhaltungen wie „Bindungsunfähigkeit“ und „Bequemlichkeit“. Es gelte vielmehr die „Beanspruchung“ der Betroffenen anzuerkennen, die Komplexität ihrer Situation zu respektieren und ihnen heilende und unterstützende Zuwendung zu schenken.

Homeyer forderte die Theologie auf, die Vielfalt bzw. die „Relativität“ der jeweiligen Sozialgestalt von Familie konstruktiv aufzugreifen, „ohne natürlich die Vision Jesu von der verbindlichen Liebe von Mann und Frau in der Ehe aufzugeben“: Die „christliche Relativierung jeder endlichen Lebensgestalt im Blick auf die Vollendung des Reiches Gottes... gäbe uns Christen und Seelsorgern und auch den betroffenen Menschen selbst... eine neue Freiheit, lebensfreundlich mit den jeweiligen Fragmenten des Lebens umzugehen, Abbrüche und Scheitern anzunehmen und neue Anfänge zu wagen“.

Was die Bischöfe Lehmann und Homeyer in Berlin vortrugen, hinterließ den Eindruck, als sei wenigstens ein Teil des deutschen Episkopates kräftig daran, die Lücke zwischen der Wirklichkeit von Ehe, Familie, Partnerschaft und dem

kirchlichen Umgang damit nicht noch größer werden zu lassen. Zu einer direkten Konfrontation mit einem der Hauptvertreter der gegenwärtigen vatikanischen Linie auf diesem Gebiet, dem Präsidenten des Päpstlichen Rates für die Familie, wie offenbar zunächst vorgesehen – das Forumsprogramm führte Kardinal Trujillo als Schlußredner auf – kam es nicht; Trujillo ließ sich mit Verweis auf das Kardinalskonsistorium in Rom entschuldigen. Für den Kongreß muß dies kein Nachteil gewesen sein.

Die strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber der Familie

Wieviel bei diesem Thema in nächster Zeit noch aufzuarbeiten sein wird, davon zeugte auch die Salzburger Tagung. Der Würzburger Neutestamentler *Hans-Josef Klauck* wartete mit dem – für manchen möglicherweise – ernüchternden Befund auf, daß das Neue Testament eine „geschlossene Unterweisung über Ehe und Familie“ nicht enthalte. Man habe lediglich Fragmente in der Hand, die sich nicht zu einem widerspruchsfreien Ganzen fügten. Klauck arbeitete ein Spannungsverhältnis von familienkritischen und familienfreundlichen Tendenzen im NT heraus und empfahl, das verantwortlich gestaltete Ehe- und Familienleben und die frei gewählte Ehelosigkeit gleichberechtigt nebeneinander gelten zu lassen.

Der Salzburger Dogmatiker *Gottfried Bachl* ging der christlichen Distanzierung von der Familie als Folge des dominierenden Mönchsideals nach. Der kirchlichen Tradition hielt er vor, sie habe den eschatologischen Vorbehalt „nur halbiert“ wahrgenommen und nur auf die Familie angewendet, nicht aber auf das Alleinsein. Auch das Alleinsein habe seine „naturale Seite“, sei irdisch und vorläufig. Es sei an der Zeit, so Bachl, daß die Familien „spirituell mündig“ würden. Die Weisheit, die die Familie aus sich heraus gebären könne, komme nur, wenn sie auch erwartet werde. Der nötige Raum des Zuhörens auf die Familie könne nur entstehen, wenn das Lehramt zur Demut bereit sei, „das Monopol des Wissens um die Familie aufzugeben und mindestens die Hälfte seiner Äußerungen zu diesem Thema einzusparen“.

Die Freude über das Ideal (der Familie) produziere von Anfang an einen „Ton der Überheblichkeit und Herabwürdigung gegenüber der Familie, vor allem der giftigen Denunzierung von der Frau. Diese Hypothek wird nicht aufgewogen durch den neuerdings üblichen Ton der hymnischen Preisung. Die Beschimpfung scheint der Idealisierung gewichen zu sein, beides tut der Familie geistliches Unrecht“.

So unübersehbar und groß der Bedarf an Neuorientierung auf dem Gebiet von Ehe, Familie, Partnerschaft jedoch auch sein mag, das kirchliche Engagement wäre zu enggeführt, würde es nicht auch der strukturellen, sozial- und familienpolitischen Seite des Themas gelten. Franz-Xaver Kaufmann wiederholte in Berlin seine These von der „strukturellen

Rücksichtslosigkeit von Politik und Wirtschaft gegenüber der Familie“ und schien damit zentrale Anliegen vieler Forumsteilnehmer sehr genau zu treffen. Man lebe heute in einer Gesellschaft, die „Kinderlosigkeit ökonomisch“ prämiere. Im Gegensatz zur früheren Hauswirtschaft verhalte sich die moderne Verkehrswirtschaft „indifferent gegenüber dem Umstand, ob die Arbeitskräfte Elternverantwortung wahrnehmen oder nicht. Diese werden nach dem Prinzip eines leistungsbezogenen Individuallohns bezahlt, nicht nach Bedarfs Gesichtspunkten“. Die fälligen Änderungen auf diesem Gebiet stufte Kaufmann ihrer Dringlichkeit und Tragweite nach als eine der Arbeiterfrage im 19. Jahrhundert vergleichbare Sozialreform ein.

Kaufmann begnügte sich jedoch nicht mit allgemeinen soziologischen bzw. historischen Analysen, sondern ging auf eine Reihe von konkreten familienpolitischen Forderungen ein, wie sie z. T. auch im Fünften Familienbericht der Bundesregierung (vgl. HK, August 1994, 410ff.) enthalten sind, an dessen Erarbeitung er beteiligt war. Kaufmann setzte sich für die institutionelle Zusammenfassung von Kindergeld und Steuerfreibeträgen zu einem von der Finanzverwaltung einheitlich zu verwaltenden System ein. Der Familienlastenausgleich müsse – ähnlich wie Renten und Steuer – dynamisiert und so der jeweiligen Geldentwertung und Einkommensentwicklung angepaßt werden. Die durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Steuerfreiheit des Existenzminimums absehbare Entlastung auch von Familien mit einem höheren Einkommen müsse durch zusätzliche Leistungen an die einkommensschwächeren Familien kompensiert werden.

Verteilungskämpfe um den Familienleistungsausgleich

Soweit die Forderungen, die Kaufmann als das „Minimum“ ansah. Darüber hinaus macht er sich die Forderung zu eigen, nach Maßgabe der jeweils anfallenden Steuerfreibeträge das Kindergeld „abzuschmelzen“. Das würde etwa dazu führen, daß Steuerpflichtige mit einem Spitzensteuersatz von 53 Prozent kein Kindergeld mehr erhielten. Zur Behebung von wirtschaftlichen Benachteiligungen der Familien bzw. zur Verringerung von Privilegien von Kinderlosen schlug Kaufmann darüber hinaus vor: 1. stärkere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten bei der sozialen Alterssicherung; 2. Erleichterung der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit: Arbeitszeitflexibilität, Teilzeitarbeitsplätze für Arbeitnehmer mit Elternpflichten; Flexibilisierung des Elternurlaubs und Erziehungsgeldes im Sinne eines Gesamtkredits für beide Ehepartner; 3. über die Realisierung des bereits festgeschriebenen Rechts auf einen Kindergartenplatz hinaus ein Wahlrecht zwischen Erziehungsgeld und einem Krippenplatz mindestens für das dritte Lebensjahr des Kindes; 4. Änderungen der Verteilungswirkungen der Wohnungsbaupolitik zugunsten von Familien, Förderung des Woh-

nungseigentums nicht mehr durch Steuererleichterungen, sondern durch zinslose Darlehen mit erst allmählich steigenden Rückzahlungspflichten.

Trotz mancher Absichtserklärung in den Koalitionsvereinbarungen der neuen konservativ-liberalen Bundesregierung gab man sich in Berlin, was die Chancen ihrer Realisierung angeht, abwartend-zurückhaltend. Andererseits war man auch

so realistisch zu wissen, daß familienpolitische Forderungen dieser Art beim Wähler nicht ohne weiteres „populär“ sind – es sei denn, er ist unmittelbar Betroffener. Hier sind Auseinandersetzungen um Verteilungsleistungen vorprogrammiert, die so gar nicht zum Image von Ehe und Familie passen wollen, wie es in mancher Sonntagsrede auch zum „Internationalen Jahr der Familie“ zum Ausdruck kam. *Klaus Nientiedt*

„Als Gleichberechtigte mitwirken“

Fragen zur politischen Kultur im vereinten Deutschland an Wolfgang Thierse

Auch im Jahre 5 nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland kann man von einer gesamtdeutschen politischen Kultur noch längst nicht sprechen. Zu unterschiedlich sind die Prägungen in Ost und West, zu unterschiedlich die Erwartungen und Ängste. Wir sprachen hierüber mit dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wolfgang Thierse MdB. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Thierse, was erstaunt Sie fünf Jahre nach der Öffnung der Mauer und am Ende des „Superwahljahres“ 1994 mehr – wie sehr sich die Bürger in den neuen Bundesländern dem Wahlverhalten in Westdeutschland angenähert haben oder wie verschieden es weiterhin ist?

Thierse: Das ist schwer zu sagen. Gelegentlich staune ich, wie ähnlich sich die beiden Teile der deutschen Bevölkerung in ihrem Wahlverhalten schon geworden sind. Zugleich aber gibt es nach wie vor eine Art Spaltung der politischen Kultur in Deutschland.

HK: Woran machen Sie diese Spaltung fest?

Thierse: Da sind die unterschiedliche Höhe der Wahlbeteiligung zu nennen, als deutlichster Unterschied der relative Erfolg der PDS in Ostdeutschland und ihr Mißerfolg im Westen, aber auch die geringe Parteibindung der ostdeutschen Wähler – die Westdeutschen haben eine 40jährige Parteigeschichte hinter sich –, die größere Unsicherheit der ostdeutschen Wähler – sie wissen nicht, wie sie sich politisch festlegen sollen –, ihre geringere Fähigkeit, parteipolitische Bindungen einzugehen, und mit Sicherheit auch – ich will mich vorsichtig ausdrücken – ihre Demokratiefremdheit.

Überzeugungen und Meinungen einzutreten und gleichzeitig zum Kompromiß fähig zu sein. Hinzu kommt eine zu geringe Konfliktfähigkeit vieler Ostdeutscher, natürlich nicht aller.

HK: Worin liegt die geringere Fähigkeit zum Kompromiß begründet? Ist es das utopisch-ideologische Politikverständnis des Marxismus, von dem man sich zwar möglicherweise innerlich distanzierte, es aber doch mehr verinnerlichte, als man wahrhaben will?

Thierse: Ich sehe verschiedene Ursachen. Eine der schlimmsten Wirkungen des politischen Systems der DDR war die Entpolitisierung des größeren Teils der Bevölkerung. Der Ausdruck von *Günter Gaus* von der „Nischengesellschaft“ traf die Lage sehr genau. Gegen die Hypertrophie des Politischen, die für das SED-Regime typisch war, wehrten sich die Menschen dadurch, daß sie sich ins Private zurückzogen. Man lieferte das politische Bekenntnis ab, ging zu Versammlungen, hob an den „richtigen“ Stellen die Hand und ansonsten sorgte man sich um den privaten Vorteil und pflegte in der privaten Nische eine Alltagskultur von Solidarität, Freundlichkeit, Vertrauen und Wohlergehen. Ganz besonders erreichte diese Entpolitisierung jene Schicht, die man im traditionellen Sinn Arbeiter- und Angestelltenschaft nennt. Daher war es auch eine geradezu lächerliche Illusion zu glauben, die DDR sei wieder ein sozialdemokratisches Land.

HK: Aber hätte man um die hohe Bedeutung der Kompromiß- und Konfliktfähigkeit in einer demokratischen Kultur nicht wissen können? Es war ja nicht so, als wäre die DDR 1990 einem ihren Bewohnern gänzlich unbekanntem Land beigetreten...

Thierse: Die westdeutsche Gesellschaft und politische Kul-

„Eine der schlimmsten Wirkungen der DDR war die Entpolitisierung“

HK: Ein hartes Wort.

Thierse: Es gibt sie wirklich. Sie ist im übrigen verständlich aus der 60jährigen Vorgeschichte zweier unterschiedlicher totalitärer Regime. Vielen Menschen fehlt die Fähigkeit, mit Leidenschaft und Engagement für die eigenen Interessen,